Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 35 (2016)

Heft: 67

Artikel: Postdemokratie oder Renaissance von Gegenöffentlichkeit? : Ein theoretischer Klärungsversuch

Autor: Caspar, Christian / Teutoburg-Weiss, Hannes

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652015

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Christian Caspar / Hannes Teutoburg-Weiss

Postdemokratie oder Renaissance von Gegenöffentlichkeit?

Ein theoretischer Klärungsversuch

Der Untergang der Demokratie? Die These der Postdemokratie besagt, dass zunehmend gewisse Stimmen systematisch aus dem politischen Prozess ausgegrenzt werden. Dies stellt eine äusserst beunruhigende Verfallserscheinung in westlichen Gesellschaften dar (Schaal/Ritzi 2012, 4 f.). Postdemokratische Entwicklungen unterwandern damit den Selbstanspruch (spät)moderner Gesellschaften hinsichtlich Gerechtigkeit und Egalität (Mouffe 2011, 3).

Doch es gibt auch kontrastierende Befunde: Einige AutorInnen sprechen gar von einer wiedererstarkten Zivilgesellschaft und der «Renaissance von Gegenöffentlichkeit» (Wimmer 2007, 14). Als Ursache dieser Renaissance gilt gemeinhin ein Verlust an Vertrauen in die bestehenden Institutionen westlicher Demokratien, der durch die fortschreitende Globalisierung und Neoliberalisierung angetrieben wird (Fenton/Downey 2003, 22 f.). Zudem erleichtern Internet, Computer und Smartphones die Zirkulation von Informationen und Erfahrungen, die zu dominierenden (öffentlichen) Meinungen im Widerspruch stehen.

Das Spannungsverhältnis zwischen der postulierten Postdemokratie und der vermeintlichen Renaissance von Gegenöffentlichkeit ist der Ausgangspunkt dieses Beitrags. Im Vordergrund steht dabei eine theoretische Auseinandersetzung mit dem Konzept der Gegenöffentlichkeit. Das Ziel besteht darin, ein Analyseraster einzuführen und zu diskutieren, welches eine differenzierte Beurteilung der Wirkmächtigkeit von Gegenöffentlichkeiten erlaubt.

Postdemokratische Zeiten?

Die These einer Postdemokratisierung des Politischen reiht sich in verschiedene historische Krisendiagnosen ein, welche die beeinträchtigte Selbstverwaltungs- und Organisationsfähigkeit (spät)moderner Gesellschaften thematisieren (hierzu z. B. Schäfer 2008). Kernelement der Postdemokratie-Diagnosen ist dabei die Feststellung, dass gewisse Stimmen und Interessen in vermeintlich demokratischen Entscheidungsprozessen

systematisch benachteiligt oder gar ausgeschlossen werden. Mit anderen Worten: In der Spätmoderne entwickelt sich ein Entsprechungsverhältnis zwischen sozialer Ungleichheit und politischem Mitspracherecht – soziale Exklusion wird in politischen Ausschluss übersetzt. Gleichzeitig verkommt die staatliche Sicherung der Staatsbürgertrias – gleiche Freiheits-, Partizipations- und soziale Teilhaberechte – zu kaum mehr als einem politischen Lippenbekenntnis. Sie dient hauptsächlich dazu, den Status quo zu stabilisieren (ebd., 40). Entscheidender Antriebsmotor der Postdemokratisierung sind die fortschreitenden neoliberalen Modernisierungswellen seit den 1980er-Jahren. Durch diese weitreichenden sozioökonomischen sowie ideologischen Umwälzungen kann, laut den VertreterInnen der Postdemokratie-These, mittlerweile von einer neoliberalen Hegemonie gesprochen werden.

Der Begriff Postdemokratie wurde durch Colin Crouchs gleichnamiges Buch (2008) populär. Bezeichnend für die Postdemokratie ist laut Crouch, dass formale Teilhaberechte und das De-facto-Mitspracherecht der StaatsbürgerInnen auseinanderdriften. Wirtschaftliche Interessen von mächtigen Kapitaleignern haben in politischen Entscheidungen so viel Übergewicht, dass Wahlen und Parlamentarismus zum blossen medial vermittelten Spektakel verkommen (ebd., 10).

Wo bei Crouch der Fokus auf dem Auseinanderfallen von tatsächlicher Teilhabe und normativem (Selbst-)Anspruch spätmoderner Gesellschaften liegt, geht es Jacques Rancière (2002; 2008) um nichts weniger als die Auflösung des Politischen. Dreh- und Angelpunkt der Analyse ist dabei das janusköpfige Verhältnis von «Politik» und «Polizei».

Die Begriffe Politik und Demokratie – bei Rancière gleichbedeutend – sind an keine konkrete Gesellschafts- oder Regierungsform gebunden, sondern bezeichnen allgemein die Praxis der Infragestellung einer bestehenden gesellschaftlichen Verteilungsordnung. In jeder Gesellschaft sind Macht sowie materielle Güter ungleich verteilt – etwa entlang der Kategorien Alter, Ethnie, Bildung, Gender usw. – und es existieren zwangsläufig Ausgeschlossene, die keinen Anteil an der jeweiligen Verteilung haben. Politik ist der Moment, in dem sich die Anteilslosen artikulieren, als Gruppe konstituieren und die bestehende Verteilungslogik anzweifeln (Rancière 2008, 11–30). In diesem Sinne ist die Etablierung von Dissens ein notwendiges Kriterium für politische Selbstermächtigung. Polizei meint bei Rancière das entgegengesetzte Bestreben: Polizeiliche Praxis zielt auf die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung, womit die damit einhergehende Verteilung und der Ausschluss der Anteilslosen zementiert wird (Rancière 2002, 40–62). Viele im Alltag als Politik bezeichnete Prozesse verortet Rancière im Wirkungsbereich der Polizei.

In der Nachkriegsepoche der 1950er- und 1960er-Jahre bestand ein be-

ständiges Wechselverhältnis zwischen Schliessungsprozessen (Polizei) und Momenten, in denen die Ausgeschlossenen diese Schliessungen durch demokratisches Handeln aufbrechen konnten (Politik). Das genuin neue Moment in der Postdemokratie ist in Rancières (2010) Lesart, dass die Möglichkeit von Dissens ausgelöscht wird. Durch die neoliberale Ideologie, wissenschaftlich-rationale Erkenntnis sowie enge rechtliche Setzungen wird die Illusion befördert, alle Individuen seien im *demos* eingeschlossen – Konsens wird zum einzig verbleibenden Prinzip öffentlicher Kommunikation. Damit wird die Vielzahl der möglichen Meinungen reduziert, Problemlagen sowie Konflikte vermeintlich objektiviert und die zwangsläufige (Fort-)Existenz der Anteilslosen verschleiert (Blühdorn 2013, 117).

Beiden Vertretern der Postdemokratie-These lässt sich vorwerfen, dass sie die demokratische Nachkriegsordnung des Fordismus idealisieren und romantisch überzeichnen. Gleichzeitig ignorieren sie in ihren Analysen aktuelle Prozesse, die gegen eine fortschreitende Postdemokratisierung sprechen. Einerseits zeigen beispielsweise die ersten Erfolge von alternativen Kampagnennetzwerken wie Avaaz und change.org oder der Commons-Bewegung, dass sich politischer Einfluss und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit selbst in der Spätmoderne nicht allein auf ökonomische Macht zurückführen lässt. Andererseits lassen u. a. das (Wieder-)Erstarken der europäischen Rechten und die Debatten um die Flüchtlings- und Migrationspolitik den Schluss zu, dass Dissens immer noch eine wichtige Rolle in der öffentlichen Kommunikation spielt – auch wenn aus linker Perspektive die konkreten Ausformungen dieses Dissenses Sorgen bereiten können. Das Kernproblem der Postdemokratie-These besteht in ihrer Tendenz zur Übergeneralisierung und Vereinheitlichung aller Formen politischen Handelns.

Claudia Ritzi (2014, 196) weist darauf hin, dass sowohl Rancière als auch Crouch Öffentlichkeit nur als Hintergrundvariable betrachten. Dies ist in ihren Augen insofern überraschend, weil beide Autoren in einer republikanischen Tradition stehen, in welcher Öffentlichkeit als der Ort des Politischen betrachtet wird. Die Vernachlässigung von Öffentlichkeit als Analysekategorie ist in der Konsequenz doppelt problematisch: 1) Der Ort des Politischen wandert in den Analysen implizit von Öffentlichkeit(en) zu institutionell gerahmten Entscheidungsprozessen (Crouch) bzw. zum Aufbrechen institutionell gerahmter Schliessungsprozesse (Rancière). 2) Wird eine Theorie der Öffentlichkeit vernachlässigt, so gerät die Komplexität von Herrschafts- und Machtverhältnissen aus dem Blickfeld und an deren Stelle tritt ein alles überspannendes, dichotomes Herrschaft-Beherrschte-Schema. Diese Schwarz-Weiss-Unterscheidung ist sowohl analytisch als auch politisch unzureichend. Aus unserer Sicht sollte der Fokus

stattdessen auf einer nuancierten Analyse einzelner Bereiche liegen, in denen zu verschiedenen Zeiten verschiedene Akteure verschiedene Einflussmöglichkeiten besitzen. Eine differenzierte Betrachtung müsste dann nach der Postdemokratisierung verschiedener Öffentlichkeiten fragen und auch entgegengesetzte Tendenzen miteinbeziehen.

Die Vielfalt der Öffentlichkeit(en)

Die genaue Beschreibung von Öffentlichkeit, ihrer Rolle und ihrer Gestalt hängt vom konkreten fachspezifischen Zugriff ab. Aus einer demokratietheoretischen Warte dient Öffentlichkeit der Wahrnehmung und Kontrolle von Legislative, Exekutive und Judikative sowie als Forum der öffentlichen Deliberation. Die Gestalt von Öffentlichkeit prägt folglich ausschlaggebend mit, wie demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen legitimiert werden. Aus einer stärker soziologisch motivierten Perspektive wiederum stehen die soziale Integration und der soziale Wandel im Vordergrund (Imhof 2011). Die beiden Sichtweisen sind allerdings verschränkt: So können sich Individuen erst im Spiegel der Öffentlichkeit als Teil einer Gesellschaft wahrnehmen und ihre gemeinsamen Angelegenheiten demokratisch organisieren (ebd., 31). Diese geteilte Selbstwahrnehmung ist wiederum die Basis für soziale Integration. Sie ist auch unerlässlich für eine nationalstaatlich kodierte Loyalität, die notwendig ist, damit demokratische Mehrheitsentscheide auch von Minderheiten anerkannt werden (ebd., 85 f.).

Öffentlichkeit lässt sich dabei als Netzwerk von Kommunikationsflüssen beschreiben, die in verschiedenen Arenen bzw. themenzentrierten Teilöffentlichkeiten zusammenfliessen. Generiert werden die Kommunikationsflüsse massgeblich von bereits etablierten Akteuren wie Institutionen, Organisationen oder RollenträgerInnen aus Politik, Ökonomie und Medien. Zusätzlich erzeugen nicht etablierte zivilgesellschaftliche Akteure wie soziale Bewegungen oder Interessenverbände öffentlich wahrgenommene Kommunikationsflüsse (ebd., 90 f.). Teilöffentlichkeiten sind demnach diskursive Räume, die sich entweder im Rahmen bestimmter vorgegebener Formen der Vergesellschaftung (lokale Milieus, soziale Assoziationen, politische Lager usw.) entfalten oder als symbolische Orte jeweils da entstehen, wo kontroverse Debatten um politische Fragen entbrennen (Ritter 2008, 39 f.). Mit Blick auf die gegenseitige Beeinflussung diskursiver Räume nimmt die massenmedial vermittelte Öffentlichkeit als «Masterforum» eine vorrangige Stellung ein (Schäfer 2008, 372). Daneben existieren jedoch auch autonome Teilöffentlichkeiten, die nicht mit der massenmedialen Öffentlichkeit in Beziehung stehen und ihr Publikum etwa über bewegungseigene Medien ansprechen (Wimmer 2007, 161,

210 f.). Aus einer analytischen Perspektive erscheint es demnach sinnvoll, nicht von der einen Öffentlichkeit im Singular zu reden, sondern von verschiedenen, heterogenen Teilöffentlichkeiten.

Formen von Gegenöffentlichkeiten

Angesichts des dargelegten Öffentlichkeitsverständnisses stellt sich die Frage, welche spezifischen Eigenschaften Teilöffentlichkeiten zu *Gegen*öffentlichkeiten machen. In der Forschungsliteratur verweist der Begriff der Gegenöffentlichkeit auf unterschiedliche Formen öffentlicher Kommunikation und zivilgesellschaftlicher Netzwerke. Dazu zählen etwa Aktionen von sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, alternative Medien oder Aktivitäten im Internet (Wimmer 2007, 193–222). Was diese Phänomene eint und als Gegenöffentlichkeit auszeichnet, ist ihr kritischer Impetus – Gegenöffentlichkeit bezeichnet vorrangig verschiedene soziale Praxen, die sich in irgendeiner Form gegen den gesellschaftlichen Mainstream wenden (Asen 2000, 426). Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Praxen zwangsläufig einem emanzipativen Anspruch folgen. Darüber hinaus plädieren wir dafür, nur das als Gegenöffentlichkeit zu zählen, was auch erweiterte Publizität beansprucht. Im Folgenden werden drei Idealtypen umrissen, die jeweils auf verschiedene Ansätze zurückgehen und auf eine spezifische Form von *gegen* fokussieren.

Das *deliberative Gegenöffentlichkeitskonzept* setzt bei der Vorstellung an, dass Teilöffentlichkeiten Meinungen und Argumente generieren, die sich auf relevante gesellschaftliche Fragen beziehen. Indem öffentliche Diskurse bzw. aus ihnen hervorgehende Meinungen und Argumente in die parlamentarische Entscheidungsfindung oder in Abstimmungsdebatten einfliessen, prägen sie nicht nur die öffentliche Agenda mit, sondern ebenso die zukünftige gemeinsame soziale Wirklichkeit (Habermas 1994, 435–467). Nicht alle Meinungen zu einem konkreten Thema finden gleichermassen Eingang in einen öffentlichen Diskurs: Etablierte Positionen zu bestimmten gesellschaftlichen Fragen wirken ausschliessend. Deliberative Gegenöffentlichkeiten stellen dann ein notwendiges Korrektiv dar, das es ausgeschlossenen Gruppen erlaubt, in alternativen Räumen Gegenpositionen zu generieren, in Umlauf zu setzen und dadurch an einer Konkurrenz der Meinungen teilzuhaben (Fraser 1996; Oy 2002). Der öffentliche Meinungsstreit stellt in dieser Lesart das Herzstück der Demokratie dar. Damit bezieht sich dieser Gegenöffentlichkeitstyp auf die emanzipatorischen und demokratisierenden Potenziale der «bürgerlichen Öffentlichkeit» und ihrer Medien (Oy 2002). Typische Beispiele für deliberative Gegenöffentlichkeiten sind die Antiatomkraftbewegung oder die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Sie konstituieren sich um konkrete

gesellschaftliche Fragen (Energieversorgung, Landesverteidigung), speisen ihre Meinungen und Argumente in die entsprechenden Diskurse ein und versuchen so, etablierte Positionen herauszufordern.

Während die deliberative Konzeption von Gegenöffentlichkeit auf die demokratische Entscheidungsfindung innerhalb themenzentrierter Diskurse abzielt, stehen beim *subversiven Gegenöffentlichkeitskonzept* die strukturierenden Metadiskurse im Vordergrund. In diesen werden Deutungsmuster geschaffen und transportiert, die als Interpretations- und Orientierungsrahmen innerhalb themenzentrierter Diskurse dienen. Wendy Brown (2015) beschreibt etwa die Verbreitung der neoliberalen Rationalität als hegemonialen Diskurs, der als Deutungsangebot weit über die ökonomische Sphäre hinausreicht. Allerdings ist Hegemonie nie total. Vielmehr gibt es viele und teilweise widerstreitende Bestrebungen nach Hegemonie und Subversivität in spätmodernen Gesellschaften (ebd., 137 f.). Bemächtigen sich gesellschaftliche oder politische Akteure bewusst solcher Positionen, die mit dem hegemonialen Diskurs in Konflikt stehen, schaffen sie dadurch subversive Gegenöffentlichkeiten: eine Praxis, die auf Unterwanderung, Dekonstruktion, Störung, Demaskierung oder Delegitimierung der Metadiskurse zielt (Spehr 2002). Mit Blick auf die Kritik an neoliberalen Deutungsmustern zählen zu diesem Typ beispielsweise Aktionen globalisierungskritischer Gruppierungen, die Occupy-Bewegung oder Studentenproteste gegen die fortschreitende Ökonomisierung der Hochschulbildung. Aber auch Versuche, die vorherrschende Geschlechterordnung zu verändern, finden ihren Ausdruck in subversiven Gegenöffentlichkeiten. Denn hier besteht ebenfalls die Absicht, etablierte Deutungsmuster, die in unzähligen Diskursen zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen wirksam sind, zu unterwandern und letztlich zu transformieren. Subversive Gegenöffentlichkeiten zielen somit auf die Veränderung der themenstrukturierenden Metadiskurse, um eine «andere Erzählung über die Gesellschaft» durchzusetzen (Oy 2002).

Der deliberative und der subversive Typ richten ihre Aufmerksamkeit vorrangig auf die Makroebene. Demgegenüber stehen bei dem *partizipativen Gegenöffentlichkeitskonzept* die Meso- und Mikroebene im Vordergrund. Partizipative Gegenöffentlichkeiten ermöglichen es, den vorherrschenden sozialen Praxen alternative Formen entgegenzustellen. Es geht hier um Räume, in denen weniger die Beeinflussung bestimmter Öffentlichkeiten im Zentrum steht als die direkte Gestaltung der unmittelbaren Lebenswirklichkeit (Stamm 1988, 40 f.). Partizipative Gegenöffentlichkeiten stützen sich auf ein antiinstitutionelles Politikverständnis und schaffen «gegenkulturelle Lebensräume» (ebd.). Beispiele dafür sind alternative Kulturzentren und Clubs, physische und digitale Kommunen oder auch Nachbarschaftsinitiativen wie Urban Gardening.

Aus einer gesellschafts- bzw. demokratietheoretischen Perspektive sind die drei Konzeptionen selbstredend miteinander verknüpft. So können partizipative Gegenöffentlichkeiten zwar einen Kontrapunkt zu einem vermeintlichen Mainstream setzen und damit Räume für neue kollektive Identitäten und Selbstbildungsprozesse öffnen. Emanzipatorische Bestrebungen bleiben jedoch zwangsläufig auf deliberative Gegenöffentlichkeiten angewiesen: Erst wenn alternative Meinungen Eingang in politische Entscheidungsprozesse finden, können Gegenöffentlichkeiten substanziellen Einfluss auf gesellschaftliche Selbstregulierungsprozesse nehmen. Auf der anderen Seite ist die Wirkmächtigkeit deliberativer Gegenöffentlichkeiten wiederum auf die Vorarbeit subversiver Gegenöffentlichkeiten angewiesen: Dort werden gegenhegemoniale Deutungsmuster entworfen, die neue argumentative Anknüpfungspunkte in politischen Debatten eröffnen. Bestenfalls wird so die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens nicht mehr vorrangig unter den Bedingungen der Marktrationalität, sondern im Lichte von Prinzipien der Gerechtigkeit und Egalität ermöglicht. Hierfür sind vor allem Gegenöffentlichkeiten notwendig, die beharrlich daran arbeiten, eine andere «Sprache» zu etablieren, mit der eine alternative Geschichte der Gesellschaft erzählt werden kann – und zwar in der digitalen als auch in der physischen Welt, in den konkreten politischen Diskursen, in der Wissenschaft, der Kunst und nicht zuletzt in der Wirtschaft.

Die Möglichkeit des Anderen

Die Gretchenfrage besteht gewissermassen darin, ob subversive und deliberative Gegenöffentlichkeiten Positionen generieren können, die auch in anderen Teilöffentlichkeiten auf Resonanz stossen – also Positionen, die über das eigene Publikum hinaus gehört werden und damit eine *Teil*öffentlichkeit erst zu einer potenziell wirkmächtigen *Gegen*öffentlichkeit machen. Eine Antwort auf diese Frage betrifft folglich auch die vermeintliche Renaissance der Gegenöffentlichkeiten. Nach Crouchs Auffassung von Postdemokratie ist die Antwort ein klares Nein: Ökonomische Eliten besitzen so viel politischen Einfluss, dass alternative Stimmen kein Gehör finden. Mit Rückgriff auf Rancière könnte man darüber hinaus argumentieren, dass innerhalb postdemokratischer Gesellschaften die Möglichkeit von Gegenöffentlichkeiten nahezu ausgelöscht wurden.

Wir schlagen an dieser Stelle entgegen den VertreterInnen der Postdemokratie-These einen an Pierre Bourdieu (1982) angelehnten feldtheoretischen Zugang zu dieser Frage vor. Soziale Felder sind bei Bourdieu thematisch vorstrukturierte, hierarchisierte Interaktionszusammenhänge zwischen Einzelakteuren. Bourdieu nennt hierbei etwa das politische und das

ökonomische Feld, aber auch die Schule, die Fabrik usw. Die einzelnen Akteure nehmen mittels ihre Kapitalausstattung verschiedene Positionen ein und verfolgen eigene oder kollektive Interessen. Kapital bezeichnet bei Bourdieu nicht nur ökonomische Güter, sondern ebenso kulturelle (z. B. Bildungstitel) soziale (z. B. persönliche Beziehungsnetze) und symbolische Elemente. In jedem Feld herrscht ein steter Kampf um Positionen, wobei es nicht allein darum geht, seine eigene Position zu halten oder im Feld aufzusteigen. Vielmehr zielen Handlungen auf den Erhalt oder die Änderung der konkreten Regeln, die für alle Akteure bindend sind.

Wendet man dieses Modell auf Öffentlichkeits- und Gegenöffentlichkeitskonzeptionen an, lassen sich sowohl materielle als auch ideelle Einflüsse auf Ein- und Ausschluss von Akteuren betrachten. Zudem lässt sich mit dem feldtheoretischen Zugang analysieren, inwiefern Positionen von einer Teilöffentlichkeit in eine andere übergehen können: Die Vermutung ist, dass dies immer genau dann möglich ist, wenn der sich artikulierende Akteur eine Kapitalausstattung besitzt, die ihm in beiden Öffentlichkeiten Deutungsmacht zusichert. Eine weitere Möglichkeit besteht, wenn der Akteur aufgrund externer Ereignisse in der Lage ist, die Spielregeln in einem der beiden Bereiche anzupassen, sodass er mit seiner spezifischen Kapitalausstattung eine privilegiertere Position erhält.

Erhellendes Beispiel ist der Diskurs über Datenschutz nach den Snowden-Leaks. Aufgrund der Faktenlage der Snowden-Leaks war es zumindest kurzzeitig für kritische DatenschützerInnen und IT-ExpertInnen möglich, mittels ihres kulturellen Kapitals Sprecherpositionen innerhalb des Datenschutzdiskurses einzunehmen und Standpunkte zu vertreten, die vormals in der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit als Verschwörungstheorien gehandelt wurden. Dabei kamen sowohl etablierte Akteure wie der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte der BRD, Peter Schaar, als auch vormals ausgeschlossene Stimmen zu Wort. Gruppierungen, die bereits vor den Snowden-Leaks den Datenschutz in der digitalen Welt thematisierten – etwa der AK Vorratsdatenspeicherung, der AK Zensur oder der ChaosComputerClub – könnten Sprecherpositionen einnehmen, die sie vorher nicht besassen. So konnte unter Rückgriff auf eine bestehende Gegenöffentlichkeit eine neue Position in der massenmedial vermittelten Öffentlichkeit etabliert werden. Dieses Bestreben kann als Versuch der Regelanpassung und Kampf um Deutungshoheit verstanden werden. Als Gegenbewegung muss aber die unmittelbar einsetzende, medial kolportierte Sicherheits- und EU-Amerika-Freundschafts-Rhetorik gewertet werden, welche nicht zuletzt in den Besitzverhältnissen und ökonomischen Interessenlagen in der Medienlandschaft wurzelt.

Ergänzend könnte man mit Rückgriff auf Bourdieu Aussagen treffen, wie offen Felder für Restrukturierungsversuche sind. Bourdieu (1982) geht

davon aus, dass je institutionalisierter ein Feld ist, umso starrer sind die feldinternen Regeln und umso schwieriger ist es für Ausgeschlossene, die Spielregeln zu ändern, um sich im Feld zu etablieren. Es ist damit zu erwarten, dass Akteure ohne jegliche relevante Kapitalausstattung oftmals einen Fürsprecher benötigen, um innerhalb eines stark institutionalisierten Feldes eine Position einnehmen zu können – dies zeigt die Debatte um die Flüchtlings- und Migrationspolitik derzeit sehr deutlich. Entsprechend sind Gegenöffentlichkeiten des partizipativen Typs (im Vergleich mit den beiden anderen) eher zu etablieren, weil die zumindest partiell Felder generieren. Hier stellen die neuen Kommunikationstechnologien auch ein Mittel bereit, welches Mobilisierung und Informationsaustausch erleichtern. Einher geht dies jedoch in jedem Fall mit einer Nischenlogik und begrenzter Reichweite, solange keine Transmission bestimmter Argumente in andere, insbesondere massenmedial vermittelte Öffentlichkeiten erfolgt.

Vor diesem Hintergrund rücken die Konsequenzen eines «postdemokratischen Strukturwandels der Öffentlichkeit» (Ritzi 2014, 210) für die Auswahl, Interpretation und Inszenierung massenmedialer Kommunikation ins Blickfeld. So haben sich aus Sicht der Postdemokratie-TheoretikerInnen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse unter dem Einfluss des Neoliberalismus zugunsten ökonomischer Akteure verschoben. Zusätzlich fördert ein zunehmend technokratisches Politikverständnis die Macht von politischen und ökonomischen ExpertInnen und Eliten (ebd., 214 f.). Zudem bewerten Medien, die sich an der Marktlogik orientieren und somit ein möglichst grosses Publikum (KonsumentInnen) ansprechen wollen, die Publikationswürdigkeit von Nachrichten nicht mehr danach, ob sie politische Relevanz haben, sondern wie viel Aufmerksamkeit sie generieren können (Imhof 2011, 125 f.).

Schlussfolgerungen

Die Implikationen, die sich aus diesen Strukturveränderungen von massenmedial vermittelten Öffentlichkeiten für die Wirkmächtigkeit von Gegenöffentlichkeiten ableiten lassen, sind ambivalent. Auf der einen Seite scheint die – auch empirisch belegte – Zunahme des Einflusses von Eliten und ExpertInnen den gegenöffentlichen Interventionen im Wege zu stehen (Ritzi 2014, 246–251). Auf der anderen Seite können nicht etablierte Akteure ihre Chancen auf Resonanz erhöhen, indem sie beispielsweise mittels strategischer Inszenierung von Events, Skandalisierungen oder einer gezielten Bewirtschaftung von Empörung mediale Aufmerksamkeit erzeugen. Sofern sie sich den Medienlogiken anpassen, können nicht etablierte Akteure also durchaus Eingang in die massenmediale Berichterstat-

tung finden. Die Möglichkeiten von gegenöffentlichem Einfluss können sich so im spätmodernen Kontext auch erweitern (Imhof 2011, 128). Allerdings bedeutet Resonanz noch nicht Einfluss. Entscheidend bleibt letztlich, wie eine bestimmte Position öffentlich bewertet wird – und dies hängt wiederum massgeblich von den Regeln in den verschiedenen Feldern ab.

Für einen sozialen Wandel in Richtung einer inklusiveren und damit demokratischeren Gesellschaft bleiben Gegenöffentlichkeiten – trotz der Potenziale des medientechnologischen Wandels – auf Einfluss in breiteren, massenmedial vermittelten Öffentlichkeiten angewiesen (Stark et al. 2015, 260 f.). Dies ist jedoch aufgrund der bestehenden, stark institutionalisierten Feldregeln und derzeitigen Kapitalverteilungen gerade für linke Gegenöffentlichkeiten schwierig. Mit Blick auf deren potenziell politische Wirkmächtigkeit erscheint daher sowohl die Rede von einer gegenwärtigen Renaissance von Gegenöffentlichkeit(en) als auch die Diagnose einer Postdemokratie überzogen.

Literatur

Asen, Robert, 2000: Seeking the «Counter» in Couterpublics. In: Communication Theory, 10 (4), 424–446

Blühdorn, Ingolfur, 2013: Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende. Berlin

Bourdieu, Pierre, 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main

Brown, Wendy, 2015: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Frankfurt am Main

Crouch, Colin, 2008: Postdemokratie. Frankfurt am Main

Fenton, Natalie / Downey, John, 2003: Counter Public Spheres and Global Modernity. In: Javnost – The Public, 10 (1), 15–32

Fraser, Nancy, 1996: Öffentlichkeit neu denken. Ein Beitrag zur Kritik real existierender Öffentlichkeit. In: Scheich, Elvira (Hg.): Vermittelte Weiblichkeit. Feministische Wissenschafts- und Gesellschaftstheorie. Hamburg, 151–182

Habermas, Jürgen, 1994: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main

Imhof, Kurt, 2011: Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren sozialen Wandels. Frankfurt am Main / New York

Mouffe, Chantal, 2011: Postdemokratie und die zunehmende Entpolitisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Nr. 1–2, 3–5

Oy, Gottfried, 2002: Gegenöffentlichkeit und Medienprojekte sozialer Bewegungen seit 1968. In: Trend. www.trend.infopartisan.net/trd0902/t070902.html (Abfrage 1.2.2016)

Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main

Rancière, Jacques, 2008: Zehn Thesen zur Politik. Zürich

Rancière, Jacques, 2010: Der Hass der Demokratie. Berlin

Ritter, Martina, 2008: Die Dynamik von Privatheit und Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften. Wiesbaden

Ritzi, Claudia, 2014: Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven. Wiesbaden

Schaal, Gary S. / Ritzi, Claudia, 2012: Neoliberalismus und Postdemokratie: Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie. In: Schriftenreihe des Verbundprojekts Postdemokratie und Neoliberalismus, Discussion Paper Nr. 1, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (UniBW) und Universität Leipzig

Schäfer, Armin, 2008: Krisentheorien der Demokratie. Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie. MPIfG Discussion Paper 08/10, Köln

Schäfer, Mike, 2008: Diskurskoalitionen in den Massenmedien. Ein Beitrag zur theoretischen und methodischen Verbindung von Diskursanalyse und Öffentlichkeitssoziologie. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 60 (2), 367–397

Spehr, Christoph, 2002: Entwicklung und Bedeutung des Begriffs «Gegenöffentlichkeit». In: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 5. Hamburg

Stamm, Karl-Heinz, 1988: Alternative Öffentlichkeit: die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen. Frankfurt am Main / New York

Stark, Birgit / Magin, Melanie / Jürgens, Pascal / Geiss, Stefan, 2015: Grassroots-Demokratie via Twitter? Wie die Protestbewegung gegen Stuttgart 21 twitterte und was die Medien daraus machten. In: Imhof, Kurt / Blum, Roger / Bonfadelli, Heinz / Jarren, Otfried / Wyss, Vinzenz (Hg.): Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposion 2012. Wiesbaden

Wimmer, Jeffrey, 2007: (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses. Wiesbaden

Buchhandlung im Volkshaus

Stauffacherstrasse 60
8004 Zürich
Telefon 044 241 42 32
Telefax 044 291 07 25
www.volkshausbuch.ch
info@volkshausbuch.ch

Literatur, Politik Psychoanalyse

Jelinek, Marx Freud

Lesungen, Buchvernissagen und Gespräche in der Katakombe

Polit Bibliothek

Verein Politische Bibliothek und Diskussion Bern

Es gibt sie, die sozialen Bewegungen in Bern - und sie haben eine Geschichte. Damit Dokumentationsmaterial, Zeitschriften, Bücherbestände zu Theorie, Praxis und Kapitalismusanalyse nicht einfach irgendwo ein kümmerliches Dasein fristen, will der Verein die Materialien in geeigneten Räumlichkeiten in Bern zugänglich machen.
Es soll aber nicht nur bei einer Dokumentationsstelle und Bibliothek bleiben. Der Verein will regelmässig Diskussionsveranstaltungen zu politischen Themen aus einer linken Perspektive einladen, seien sie brennend und aktuell oder seien sie historisch und bedeutend.

Willst du Mitglied oder Gönner, Gönnerin werden?
Willst du am Projekt mitwirken?
Kennst du geeignete Räumlichkeiten?
Hast du Bücher oder Zeitschriftenbestände, die du zur Verfügung stellen möchtest? Oder möchtest du dich finanziell beteiligen?

Wir freuen uns auf jede Kontaktnahme!

www.polit-bibliothek.ch
info@polit-bibliothek.ch
facebook: politbibliothek
PC: 61-844164-3